



## Niederschrift 14. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur - Videokonferenz

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 11.02.2021
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:27 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 0.090, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

---

### **Anwesend sind:**

#### **Ausschussvorsitzender**

Herr Carsten Linke                               DIE aNDERE

#### **Ausschussmitglieder**

Frau Dr. Sarah Zalfen	SPD
Herr Nico Marquardt	SPD
Frau Janny Armbruster	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Sascha Krämer	DIE LINKE
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE
Frau Anna Lüdcke	CDU

#### **sachkundige Einwohner**

Herr Klaus-Rainer Dallwig	CDU
Frau Beate Goreczko	Die aNDERE
Herr Yann Eric Hohdorf	Freie Demokraten
Herr Frank Reich	SPD
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE

#### **Beigeordnete**

Frau Noosha Aubel                               Geschäftsbereich 2

#### **Vertreter der Beiräte**

Herr Peter Mundt	DIE LINKE
Herr Thomas Zander	Beirat für Menschen mit Behinderungen

## **Nicht anwesend sind:**

### **Ausschussmitglieder**

Herr Oliver Stiffel	AfD	entschuldigt
---------------------	-----	--------------

### **zusätzliches Mitglied**

Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	entschuldigt
-----------------------------	---------------	--------------

### **Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes**

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

### **sachkundige Einwohner**

Frau Christine Anlauff	Bündnis 90/Die Grünen	nicht entschuldigt
------------------------	--------------------------	--------------------

Herr Roman Kuffert	AfD	nicht entschuldigt
--------------------	-----	--------------------

Herr Christian Wendland	Bürgerbündnis	nicht entschuldigt
-------------------------	---------------	--------------------

## **Schriftführer/in:**

Frau Bettina Schmidt Fachbereich Kultur und Museum

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.11.2020 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Glockenspiel  
Vorlage: 20/SVV/0859  
Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Berichterstattung zum Monitoring der Kultur und Kreativwirtschaft  
Vorlage: 20/SVV/0892  
Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Wirtschaftsförderung
- 4.2 Bessere ÖPNV-Anbindung für die Schiffbauergasse  
Vorlage: 20/SVV/1293

- Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 4.3 Bürgerhaushalt 2015/16 - Rechenschaftsbericht  
Vorlage: 20/SVV/1393  
Einreicher: Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung
- 4.4 Bürgerhaushalt 2017 - Rechenschaftsbericht  
Vorlage: 20/SVV/1394  
Einreicher: Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung
- 4.5 Neukonzeptionierung der Ständigen Ausstellung des Potsdam Museums - Forum für Kunst und Geschichte
- 4.6 Aktueller Stand: Netzwerk KulturMachtPotsdam - Aktionstag 13.03.2021
- 4.7 Inselbühne Freundschaftsinsel/ Plastiken vom Staudenhof
- 4.8 Festivalförderung 2021
- 5 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Herr Linke eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.11.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Herr Linke erläutert, dass er zunächst einen Gremienbeschluss verlesen wird, um eine Regelung zu treffen, in welchem Umfang im Ausschuss für Kultur von den alternativen Sitzungsformaten der *Verordnung zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der kommunalen Organe in außergewöhnlichen Notlagen (Brandenburgische kommunale Notlagenverordnung - BbgKomNotV)* gebrauch gemacht werden soll. Da dieser, als auch die Tagesordnung und die Niederschrift vom 19.11.2020 namentlich abgestimmt werden, schlägt er vor, für die Abstimmung jedes Ausschussmitglied nur einmal aufzurufen, um dann alle drei Abstimmungen abzugeben. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Linke verliest den folgenden Beschlussvorschlag:

**Der Ausschuss für Kultur beschließt:**

**Zur ordnungsgemäßen Durchführung der Sitzungen des Ausschusses für Kultur werden gemäß der Verordnung zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der kommunalen Organe in außergewöhnlicher Notlage (Brandenburgische kommunale Notlagenverordnung - BbgKomNotV) folgende Regelungen getroffen:**

**Aufgrund der aktuellen Pandemielage sieht es der Ausschuss für Kultur als erforderlich an, die nachfolgenden in der BbgKomNotV bestimmten Abweichungen für die heutige sowie künftigen Sitzungen des Ausschusses für Kultur anzuwenden.**

**Sitzungen werden als Präsenzsitzung oder Videositzung durchgeführt. Beschlüsse über Beratungsgegenstände, welche in dem Verfahren § 6 BbgKomNotV (Videositzung) behandelt wurden oder bei denen im Rahmen einer Sitzung auf eine Vorberatung verzichtet wurde, können auch im schriftlichen Umlaufverfahren (§ 8 BbgKomNotV) gefasst werden.**

**Im Rahmen der Abweichungen ist der Grundsatz der Öffentlichkeit unter Berücksichtigung der Maßgaben des § 9 BbgNotKomV zu beachten.**

**Vor jeder Sitzung obliegt der/dem Ausschussvorsitzenden im Einzelfall die Entscheidung, von welcher Form sie/er tatsächlich Gebrauch machen wird. Dies ist entsprechend zu dokumentieren.**

**Diese Regelung behält ihre Wirksamkeit, bis der Inzidenzwert unter 50 sinkt, längstens jedoch bis zum Außerkrafttreten der BbgKomNotV.**

In Bezug auf die Tagesordnung informiert Herr Linke darüber, dass der Antrag zum Glockenspiel unter dem Tagesordnungspunkt 3.1 auf die nächste Sitzung verschoben werden müsse. Das Gutachten läge nun vor, jedoch müsse dies zunächst noch durch die Verwaltung gesichtet werden. Unter dem Tagesordnungspunkt Sonstiges informiert die Verwaltung über die Skulptur Quo Vadis und über den Notfallfonds.

Herr Linke Stellt den Gremienbeschluss zur Abstimmung:

Einstimmig **angenommen**.

Die Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**. Die Niederschrift wird mit 8 Zustimmungen und einer Stimmenenthaltung **bestätigt**.

Herr Zander merkt an, dass die Kommunikation via Dolmetscher über Webex nicht optimal wäre. Gegebenenfalls könne zukünftig ein anderes Medium genutzt werden.

Frau Armbruster erwidert, dass die Stadtverwaltung sich generell für Webex entschieden habe und ein anderes Medium nicht zur Verfügung stünde.

Herr Linke macht deutlich, dass wenn die Inzidenz weiterhin sinke, zukünftig eher Präsenzsitzungen stattfinden würden.

Frau Hünecke bittet darum, dass wenn das Ergebnis zum Glockenspiel im

Ausschuss vorgestellt wird, der Gutachter eingeladen wird.

Herr Marquardt schlägt vor, dass alle Ausschussmitglieder selbständig ihre Stimmrichtungen aufheben. Dies hätte sich auch in anderen Ausschüssen bewährt. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

### zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### zu 3.1 **Glockenspiel**

**Vorlage: 20/SVV/0859**

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke

**Zurückgestellt.**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Iserlohner Glockenspiel einschmelzen zu lassen und die Bronze zu verkaufen. Der Erlös soll dem Kulturhaushalt der Landeshauptstadt Potsdam, beispielsweise der Pflege der Kunst im öffentlichen Raum, zu Gute kommen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmhaltung:

### zu 4 **Mitteilungen der Verwaltung**

#### zu 4.1 **Berichterstattung zum Monitoring der Kultur und Kreativwirtschaft**

**Vorlage: 20/SVV/0892**

Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Wirtschaftsförderung

Herr Frerichs nimmt Bezug auf die eingereichte Mitteilungsvorlage und auf die Beantwortung der aus der Ausschusssitzung am 19.11.2020 vorgelegten Fragen. Grundlage des Monitorings stellte ein Beschluss aus 2017 dar. Es wurden umfangreiche Experteninterviews durchgeführt. Zudem fanden mehrere Veranstaltungen und Workshops mit zahlreichen Akteuren, wie zum Beispiel der

Brandenburger Agentur für Kultur und Kreativwirtschaft und Vertretern des Rechenzentrums, statt. Es ist festzustellen, dass sich die Teilmärkte immer mehr miteinander vermischen. Die Filmbranche wäre in Potsdam eine der dominierenden.

Frau Dr. Zalfen bemängelt die fehlende Abbildung auf den Wirtschaftsbereich (Umwegrentabilitäten etc.).

Herr Linke hinterfragt, wann ein erster quantitativer Bericht vorläge.

Herr Frerichs macht deutlich, dass ein quantitativer Bericht nicht Aufgabe im Rahmen des Beschlusses war, darauf habe man sich auch im KA verständigt. Zudem lägen aussagekräftige Information auf Bundes- und Landesebene vor. Eine solche Erhebung würde zudem erhebliche Kosten verursachen. Bezüglich der „kleineren“ Kreativwirtschaft würden keine wirtschaftlichen Effekte verursacht.

Frau Aubel könne den Wunsch nach einem quantitativen Bericht verstehen, jedoch müsse deutlich gemacht werden, was das Ziel eines quantitativen Berichts sei. Es müsse klar definiert werden, welche Daten erhoben werden sollen und was im Anschluss mit den Daten passieren soll. Es würden auf Bundes und Landesebene Daten vorliegen. Fraglich ist, warum ein Herunterbrechen auf Potsdam erfolgen sollte.

Frau Armbruster stellt fest, dass im Rahmen des damaligen Auftrages die Ziele definiert wurden. Es sollten die Strukturen und Bedarfe erfasst und die Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Es sollte ein wirtschaftlicher Faktor für die Stadt entwickelt werden. Aus ihrer Sicht habe das Papier den Auftrag nicht erfüllt. Ziel sollte es sein, der Kultur am Ende ein Papier als Steuerungsinstrument in die Hand geben zu können.

Frau Hünecke macht deutlich, dass ein quantitativer Bericht wichtig für die anstehende Haushaltsberatung wäre. Im Rahmen einer zweiten Stufe, sollten die Daten nachgeliefert und geguckt werden, wie andere Städte damit umgehen.

Frau Aubel macht noch einmal darauf aufmerksam, dass hinterfragt werden müsste, wofür die Fakten erhoben würden. Der Bereich Wirtschaftsförderung soll prüfen, in welchen Punkten der Auftrag erfüllt wurde und an welcher Stelle nachgebessert werden müsste.

Frau Dr. Seemann nimmt Bezug auf die Netzwerkarbeit KulturMachtPotsdam. In diesem Zusammenhang würden verschiedenste Informationen zusammengetragen, die auch dem Bereich Wirtschaftsförderung zur Verfügung gestellt werden könnten. So würde zum Beispiel auch auf wirtschaftliche Effekte geschaut.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, dass vor der Sommerpause ein ergänzender Bericht vorgelegt wird.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen.**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 8. November 2017 (DS

17/SVV/0056) wurde der Oberbürgermeister beauftragt, die Entwicklung der Kultur- und Kreativwirtschaft in Zusammenarbeit der Bereiche Kultur und Wirtschaftsförderung zu erfassen und auszuwerten. Einzubinden ist die Brandenburger Agentur für Kultur und Kreativwirtschaft.

Vorliegender Bericht ist das Ergebnis des Monitorings für 2019, welches analog zum letzten Jahr dem Hauptausschuss hiermit zur Kenntnis gegeben wird. Gemäß Auftrag soll zusätzlich dem Ausschuss für Kultur berichtet werden.

Der vorliegende Bericht selbst hat keine finanziellen Auswirkungen. Er präsentiert die Ergebnisse aus zwei Workshops mit Vertretern der Kultur und Kreativwirtschaft.

#### **zu 4.2 Bessere ÖPNV-Anbindung für die Schiffbauergasse Vorlage: 20/SVV/1293**

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur  
Herr Scholz (Bereich 476 – Bereich Verkehrsentwicklung) nimmt Bezug auf die eingebrachte Mitteilungsvorlage. Er erläutert unter anderem, warum die Verlängerung der Buslinie 692 vom Klinikum zur Glienicker Brücke als nicht sinnvoll erachtet wird.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Dem generellen Anforderungsprofil des Nahverkehrsplans der Landeshauptstadt Potsdam entspricht die Anbindung des Standortes Schiffbauergasse bereits mit dem bisherigen ÖPNV-Angebot, jedoch wird sowohl von den Einrichtungen vor Ort als auch den Besucherinnen und Besuchern in den Abendstunden ein dichteres Angebot sowie eine bessere Kommunikation der vorhandenen Angebote gewünscht. Um diesem Wunsch zu entsprechen, erfolgte in einem ersten Schritt im Dezember 2019 die Einführung zwei neuer Fahrten auf der Tram 99, wodurch eine Taktlücke zwischen der Tram und dem Bus N16 geschlossen wurde.

Im Zuge der am 16.09.2020 durch die Stadtverordnetenversammlung der LH Potsdam beschlossenen Fortschreibung des Nahverkehrsplans (NVP) wird in einem weiteren Schritt ein 30-Minuten-Takt auf der Buslinie N16 an allen Tagen zwischen 21 Uhr und Mitternacht vorgesehen (Umsetzung in 2021 geplant).

Da für das ÖPNV-Angebot Landesmittel aus dem ÖPNV-Gesetz verwendet werden, ist die Landeshauptstadt Potsdam zu einem wirtschaftlichen Mitteleinsatz verpflichtet. Entsprechend werden die Ausweitungen hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Nachfrage fortlaufend evaluiert und ggf. in einem nächsten Schritt weiter ausgebaut.

Für eine qualifizierte Einschätzung von weiteren ÖPNV-Verbesserungen wurden verschiedene Varianten betrachtet und deren jährliche zusätzliche

Betriebskosten berechnet:

**Tram 93 täglich 20-Minuten-Takt bis 0 Uhr** ca. 100.000 EUR/Jahr (darin enthalten sind bereits die zu erzielenden Ersparnisse durch den Wegfall der Linie N16 Glienicker Brücke – Hauptbahnhof)

**Bus N16 täglich 20-Minuten-Takt bis 0 Uhr** ca. 40.000 EUR/Jahr

**Bus 692 Verlängerung vom Klinikum zur Glienicker Brücke** ca. 11.000 EUR/Jahr, jedoch sind hier keine sinnvollen Fahrplanlagen möglich → Bus N16 und 692 würden ungefähr zeitgleich ab Schiffbauergasse fahren, was weiterhin einen Stundentakt zur Folge hätte. Bus 692 hat außerdem keinen Anschluss an die S- oder Regionalbahn.

**Neue Linie von der Schiffbauergasse zum Hbf im 20-Minuten-Takt von 21 bis 0 Uhr** ca. 40.000 EUR/Jahr → Hier wird keine Verbesserung für übrige Berliner Vorstadt erzielt, daher ist nur dann eine Nachfrage zu erwarten, wenn am Hans Otto Theater eine Vorstellung endet.

Im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans wurden zudem weitere Möglichkeiten geprüft, wie die Situation für die Besucherinnen und Besucher vor Ort verbessert werden kann. Dabei wurde das Ziel verfolgt, eine deutliche Verbesserung der Fahrgastinformation in Bezug auf die vorhandenen ÖPNV-Angebote an den verschiedenen Haltestellen (Schiffbauergasse/Berliner Str. und Schiffbauergasse/Uferweg) zu erreichen. In diesem Zusammenhang wird u. a. ein neues Beleuchtungskonzept geprüft, welches neben der besseren Ausleuchtung der Wege integraler Bestandteil der Wegeleitung zur Haltestelle Schiffbauergasse/Uferweg sein soll.

Durch die auf dem Gelände der Schiffbauergasse verteilten dynamischen Fahrgastinformationssysteme können Besucher\*innen bereits vor dem Fußweg zur Haltestelle die nächsten Abfahrten einsehen. Diese Systeme sind wie folgt auf dem Gelände verteilt:

- Hans-Otto-Theater (Foyer)
- Fabrik (Foyer)
- Schirrhof (außen)
- Veranstaltungsplatz (außen)

#### zu 4.3 **Bürgerhaushalt 2015/16 - Rechenschaftsbericht**

##### **Vorlage: 20/SVV/1393**

Einreicher: Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung

Zu der Vorlage gibt es keine Wortmeldungen.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Rechenschaftsbericht der Landeshauptstadt Potsdam zum Stand der Umsetzung der Vorschläge aus dem Bürgerhaushaltsverfahren 2015/16 (Anlage)



#### zu 4.4 **Bürgerhaushalt 2017 - Rechenschaftsbericht**

##### **Vorlage: 20/SVV/1394**

Einreicher: Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung

Zu der Vorlage gibt es keine Wortmeldungen.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Rechenschaftsbericht der Landeshauptstadt Potsdam zum Stand der Umsetzung der Vorschläge aus dem Bürgerhaushaltsverfahren 2017 (Anlage)

#### zu 4.5 **Neukonzeptionierung der Ständigen Ausstellung des Potsdam Museums - Forum für Kunst und Geschichte**

Frau Dr. Götzmann stellt anhand einer Power Point Präsentation die Planungen zur Neukonzeptionierung der Ständigen Ausstellung des Potsdam Museums vor. Dabei erläutert sie, dass das Museum auch auf den kulturellen Wandel in der Stadtgesellschaft eingehen müsse. Übergreifende Themen wie Diversität, Partizipation, Inklusion spielen eine immer wichtigere Rolle. Ziel sei es zukünftig auch einen stärkeren Fokus auf das 19. und 20. Jahrhundert zu setzen. Für diese Zeit existiere die größte Sammlungsdichte. Zudem würden auch Fragen der Gegenwart und der Zukunft mitaufgenommen werden. In diesem Zusammenhang soll ein Stadtlabor im Knobelsdorffhaus situiert werden, ein Ort der Begegnung, des Austauschs und des Mitteilens. Des Weiteren würden neue museumspädagogische Konzeptideen entwickelt, wie zum Beispiel unterschiedliche partizipative Formate oder Multimedia-Formate für Kinder und Jugendliche aber auch spezifische Formate für Menschen mit eingeschränkter Sinneswahrnehmung.

Frau Dr. Götzmann geht auf die erforderlichen Ressourcen für die Umsetzung ein. Dabei führt sie aus, dass derzeit etwa die Hälfte des Personals noch im Gesundheitsamt eingesetzt wäre. Darüber hinaus, würden auch erhebliche Kapazitäten in die Planung des Zentraldepots fließen.

Die Ausschussmitglieder begrüßen die Ausführungen von Frau Dr. Götzmann.

Auf Nachfrage teilt Frau Dr. Götzmann mit, dass der Auftaktraum zukünftig dafür genutzt werden soll, verstärkt auf das 17. und 18. Jahrhundert einzugehen. Zudem wäre auch Platz für die Kunst notwendig. Es wurde eine Machbarkeitsstudie zur Erweiterung des Museums durchgeführt. Zudem lägen Anträge der Stadtverordneten vor, zur Anmietung von Räumlichkeiten im KreativQuartier<sup>3</sup>. Dies wäre auch eine vorstellbare Option, auch um Synergieeffekte mit der zeitgenössischen Kunst hervorzurufen, da die Integration der Kunst auf den vorhandenen Flächen nicht vorgesehen sei. Im Umgang mit der DDR-Geschichte wäre eine Einordnung in die jüngere Vergangenheit aber

auch im Gegenwartsbereich vorstellbar.

Frau Dr. Seemann teilt ergänzend mit, dass das Ergebnis der Machbarkeitsstudie im 2. Quartal 2021 den Stadtverordneten vorgelegt würde.

Herr Linke bedankt sich für die ausführliche Darstellung.

Die Mitglieder des Ausschusses für Kultur nehmen die Präsentation zur Kenntnis.

#### **zu 4.6     Aktueller Stand: Netzwerk KulturMachtPotsdam - Aktionstag 13.03.2021**

Frau Dr. Seemann nimmt Bezug auf das im Jahr 2020 gegründete Netzwerk KulturMachtPotsdam. Es werde aktiv mit vielen Akteuren in unterschiedlichsten Arbeitsgruppen gearbeitet. Frau Jahnke, Intendantin des Hans-Otto-Theaters und Initiatorin des Netzwerks, hat es sich zum Ziel gesetzt, die Kultur sichtbar zu machen und möchte zum aktuellen Sachstand berichten.

Frau Jahnke berichtet über die Arbeit des Netzwerkes. Es wären 4 Honorarkräfte und viele Ehrenamtler damit beschäftigt, am 13.03.2021 Kulturangebote online zur Verfügung zu stellen. Herausfordernd wäre dabei, die technischen Voraussetzungen zu schaffen. Man habe sich dafür entschieden, kein Kuratorium und keine Jury zu implementieren, sondern die Breite der Kultur abzubilden. In Bezug auf den Aktionstag stehen drei Präsenzzräume zur Verfügung (Hans-Otto-Theater, Nikolaisaal Potsdam, Rechenzentrum), in denen Künstler auf Bühnen performen können. Es fände aber auch ein Gespräch mit Frau Aibel um 20:00 Uhr auf der Bühne des sans titre statt, welches online übertragen würde. Darüber hinaus würden virtuelle Räume geschaffen, in denen sich die BesucherInnen treffen und unterhalten könnten. Auch seien Begegnungsräume für Workshops oder Vorlesungen geplant. Die Aktion findet in der Zeit von 16:00 Uhr – 22:30 Uhr statt. Um 23:00 Uhr gebe es eine After-Show-Party. Für Kinder würde in der Zeit von 14:30 Uhr – 16:00 Uhr ein Programm eingestellt. Noch in Klärung wäre eine mögliche Außenstation in Form einer Kunstinstallation auf dem Alten Markt. Dahingehend wären jedoch auf Grund der Corona-Pandemie Bedingungen geknüpft, die es zu prüfen gilt.

Herr Linke bedankt sich bei Frau Jahnke für die Information.

Frau Aibel lobt das Engagement des Netzwerkes und bittet die Ausschussmitglieder, in dem Fall als Multiplikatoren zu agieren.

Herr Zander äußert seine Begeisterung zu dem Projekt. Er macht darauf aufmerksam, dass es zu begrüßen wäre, wenn die Inklusion Beachtung fände und hinterfragt, ob bereits Dolmetscher für den Aktionstag miteinbezogen wurden.

Frau Jahnke bedankt sich für den Hinweis. Dieser Aspekt wurde bis dato noch nicht bedacht, wird jedoch in der weiteren Bearbeitung berücksichtigt. Weiterhin informiert Frau Jahnke darüber, dass den Künstlerinnen und Künstlern, die an dem Aktionstag performen, 150,00 € als Anerkennung gezahlt würden.

Herr Linke bedankt sich und wünscht dem Netzwerk bei der Umsetzung viel Erfolg.

#### zu 4.7 Inselbühne Freundschaftsinsel/ Plastiken vom Staudenhof

Herr Schmäh (komm. Fachbereichsleiter 45 Klima, Umwelt und Grünflächen) berichtet über den aktuellen Sachstand zur Inselbühne Freundschaftsinsel. Der Nutzungsvertrag und die Ausschreibungsunterlagen zur Konzessionsvergabe würden derzeit erstellt. Gemeinsam mit dem Fachbereich Kultur und Museum als auch mit dem Fachbereich Recht und Vergabemanagement wurden die erforderlichen Rahmenbedingungen geklärt. In Zusammenhang mit der Ausgestaltung des Nutzungsvertrages wurde bereits mit der Immissionsschutzbehörde (Landesamt für Umwelt) und der Unteren Bauaufsicht Kontakt aufgenommen, um durch vertragliche Regelungen das Einholen von öffentlich-rechtlichen Genehmigungen durch den Betreiber zu reduzieren. Ende Februar/Anfang März würde die Ausschreibung vorgenommen, so dass Ende März eine Vergabe erfolgen könne. Die Bewerber hätten 2-3 Wochen Zeit, ihre Konzepte einzureichen.

Frau Dr. Zalfen bedankt sich für die Informationen. Nicht nachvollziehbar wäre aus ihrer Sicht die Tatsache, dass eine Ausschreibung erfolgen müsse. Dies wäre aus ihrer Sicht nur erforderlich, wenn es sich um einen öffentlichen Auftrag handle. Dies läge hier nicht vor. Zudem würden für das Projekt Fördermittel akquiriert. Darüber hinaus wäre das Vergaberecht aufgrund der Corona-Pandemie gelockert. Des Weiteren hinterfragt sie, ob es sinnvoll sei, bereits im Nutzungsvertrag Grenzen der Bespielung festzusetzen.

Herr Schmäh erwidert, dass sich die Verwaltung an das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen halten müsse. Der Fachbereich Recht und Vergabemanagement sei nach Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, dass eine „kleine Ausschreibung“, konkret eine Konzessionsvergabe, erforderlich sei. Die Verwaltung wäre in der Pflicht, die Komplexität (Sicherheit, Immission etc.) der Bespielung zu berücksichtigen. Es wäre von Vorteil, wenn bereits zu Beginn für den Nutzer klar sei, welche Rahmenbedingungen für die Bespielung existieren. So würden keine falschen Erwartungen geweckt. Man dürfe nicht vergessen, dass im Jahr 2012 die Bespielung, aufgrund immissionsschutzrechtlicher Gründe, untersagt wurde.

Herr von Erffa (Bürgerstiftung) bittet um ein Rederecht.

Herr Linke stellt den Antrag auf Rederecht zur Abstimmung. Dem Antrag wird einstimmig **zugestimmt**.

Herr von Erffa betont, dass für eine Umsetzung zur Bespielung ab dem 01.05.2021 der Zeitplan sehr straff sei. Man dürfe nicht vergessen, dass dies alleine durch ehrenamtliche Helfer realisiert würde. Zudem müssten weitere Fördermittel für die Umsetzung akquiriert werden.

Frau Hünecke begrüßt die vorzeitige Festlegung der Rahmenbedingungen im

Nutzungsvertrag und fände es toll, wenn die Bespielung der Inselbühne umgesetzt werden könne. Des Weiteren hinterfragt Frau Hünecke, was in dem Fall mit den Skulpturen vom Staudenhof passiere.

Frau Dr. Seemann berichtet, dass die Skulpturen ursprünglich bei der Inselbühne platziert werden sollten, dies jedoch aufgrund der geplanten Bespielung nicht möglich sei. Um mögliche Alternativen zu finden, fand ein Gespräch mit verschiedensten Akteuren statt. Eine temporäre Aufstellung auf der Freundschaftsinsel sei dennoch geplant. Wie lange die temporäre Lösung andauere, könne aus heutiger Sicht nicht gesagt werden, unter Umständen sogar mehrere Jahre. Ziel soll es jedoch sein, nach Fertigstellung der Neugestaltung des Staudenhofes, die Skulpturen wieder dorthin zurückzuführen. Eventuell gespiegelt von zeitgenössischen Positionen. Sobald nähere Informationen vorlägen, würden diese im Ausschuss für Kultur mitgeteilt.

Herr Dr. Scharfenberg ist erfreut über die Möglichkeit die Skulpturen dennoch auf der Insel platzieren zu können. Die Tatsache, dass die Skulpturen anschließend in ihrem ursprünglichen Bereich wieder aufgestellt werden sollen, wären sehr gute Nachrichten.

Dem schließt sich Herr Linke an und bedankt sich für die Sachstandsdarstellungen.

#### **zu 4.8      Festivalförderung 2021**

Frau Dr. Seemann bedankt sich bei der ehrenamtlichen Arbeit aller Jurymitglieder, die die Anträge gesichtet und eine Förderempfehlung ausgesprochen haben.

Herr Eisenschink (Jurymitglied Festivalförderung) informiert darüber, dass insgesamt 17 Anträge auf eine Festivalförderung gestellt wurden. Zwei Anträge wurden abgelehnt und ein Antrag wäre aufgrund der Corona-Pandemie nicht umsetzbar gewesen. Der Jury standen insgesamt 200.000 € zur Vergabe zur Verfügung. Nicht allen Festivals konnte die volle beantragte Fördersumme gewährt werden. Daher wäre es zukünftig wünschenswert, wenn für die Festivalförderung mehr Gelder zur Verfügung stünden. Anhand einer Übersicht, die die geförderten Festivals abbildet, stellt Herr Eisenschink kurz 4 Festivals vor. Auf Nachfrage von Frau Armbruster berichtet er, dass das Festival „Burn Out Festival Vol. 3“, das einzige Festival sei, welches neu beantragt wurde.

Frau Dr. Seemann macht darauf aufmerksam, dass Herr Zander eine Anfrage gestellt hat und verliest diese:

*„Der Beirat für Menschen mit Behinderung stellt den Antrag, offen zu legen, in wieweit bei der städtischen Festival-Förderung auch die kulturelle Teilhabe von Künstler\*innen mit Behinderung (UN Menschenrechtskonvention, 2009) bei der Vergabe der Mittel für ausgewählte Festivals berücksichtigt wurde. Ebenso soll belegt werden, ob Barrierefreiheit für die Besucher\*innen der Festivals in den Anträgen berücksichtigt und mit welcher Summe finanziell gefördert wird.“*

Frau Dr. Seemann antwortet, dass für die Festivalförderung 2021 keine Anträge von bzw. mit Menschen für Behinderungen gestellt wurde. Dennoch würde die kulturelle Teilhabe von Künstler\*innen mit Behinderung Berücksichtigung finden. Zukünftig müsse dies jedoch noch weiter bedacht werden, auch in Bezug auf den Aufruf zur Bewerbung für die Festivalförderung.

Des Weiteren teilt Frau Dr. Seemann mit, dass die Barrierefreiheit für Besucher\*innen der Festivals u.a. in den Anträgen unter dem Punkt „Diversität“ Berücksichtigung finde, was jedoch nicht mit einer extra ausgewiesenen Summe finanziell gefördert werde.

Frau Armbruster macht deutlich, dass zukünftig nicht nur die Barrierefreiheit berücksichtigt werden müsse, sondern auch der Inklusionsgedanke. Aus ihrer Sicht habe sich die Trennung der Festivalförderung von anderen Förderungen gelohnt, dies belege die Übersicht, aus der die Fülle der Anträge hervorgehe. Ein Budget von 200.000 € für so viele Festivals wären auch aus ihrer Sicht noch zu wenig.

Herr Linke bedankt sich für die vorgetragenen Juryempfehlungen und bittet seitens der Ausschussmitglieder um eine zustimmende Kenntnisnahme.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Förderempfehlung zur Festivalförderung, mit einer Stimmenthaltung, **zustimmend zur Kenntnis**.

## zu 5 Sonstiges

Frau Aibel nimmt Bezug auf den in der kommenden Stadtverordnetenversammlung noch einzubringenden Antrag der Fraktion CDU zur Skulptur Quo Vadis. Im Rahmen des Umlaufverfahrens zur letzten Sitzung ging allen Ausschussmitgliedern die Stellungnahme des Beirates für Kunst im öffentlichen Raum zu, aus dem auch hervorgehe, warum sich der Beirat gegen eine dauerhafte Aufstellung der Skulptur ausspreche. Der genaue Ankaufspreis dürfe seitens der Verwaltung nicht kommuniziert werden. Es könne jedoch gesagt werden, dass die Größenordnung für einen Ankauf der Skulptur in keiner Relation zu den bestehenden Herausforderungen der Kultur stehe. Der Ankauf würde demnach ein falsches Signal senden.

Des Weiteren berichtet Frau Aibel über die Neuauflage zum Notfallfonds. Der Förderzeitraum wäre vom 01.01.2021 – 31.03.2021. Die Antragsfrist liefe bis zum 28.02.2021. Neu wäre eine Deckelung der Förderung auf maximal 20.000 €. Eine entsprechende Pressemitteilung wird am kommenden Tag rausgegeben.

Die Ausschussmitglieder begrüßen die Neuauflage des Notfallfonds.